Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 40 — 1. Blatt — Sonntag, 16. Februar — **1919**

Neueste Nachrichten.

Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Trier, 14. Februar. (Dr.) Amtlich. Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes:

1. Die Deutschen müssen alle Offensivbewegungen gegen die Polen aufgeben, und ihre Truppen dürfen folgende Linie nicht überschreiten: Von der russischen Grenze westlich Luisenfelde, westlich Groß-Neudorf, südlich Brzoza, nördlich Schubin, nördlich Exin, südlich Samotschin, südlich Chodziesen (Kolmar), nördlich Czarnikau, westlich Miala, westlich Birnbaum, westlich Bentschen, westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Vierchow bis zur schlesisch-russischen Grenze.

2. Der Waffenstillstand wird für unbefristete Zeitdauer mit 3tägiger Kündigungsfrist verlängert.

3. Die Ausführung der früheren Waffenstillstandsbedingungen wird fortgesetzt und zum Abschluß geführt.

Die Kämpfe mit den Polen.

Schneidemühl, 15. Februar. (Dr.) Amtlich. Bei Nakel geringe beiderseitige Artillerietätigkeit. An mehreren Stellen der Front von Kreuz bis zur Weichsel Patrouillenvorstöße.

Die 4. Infanterie-Division.

Eine neue 25-Milliardenkreditvorlage.

Berlin, 15. Februar. (Dr.) Heute steht in Weimar der 25 Milliardenkredit auf der Tagesordnung. Die große politische Aussprache dürfte erst Montag weitergehen. Von der Gesamtsumme der neuen Kreditforderung sollen 300 Millionen Mark zur Gewährung von Baukosten und Zuschüssen zwecks Wiederbelebung der Bautätigkeit und zur Errichtung von Hilfsbauten und Notwohnungen verwendet werden.

Neue spartakistische Bewegung in Berlin?

Berlin, 14. Februar. (Dr) Aus Anlaß der Verhaftung Radeks werden von spartakistischer Seite für Sonntag Demonstrationen geplant. Die Regierung macht darauf aufmerksam, daß für Berlin noch immer das Verbot von Versammlungen und Demonstrationen besteht und warnt die Bevölkerung ernsthaft, sich an Demonstrationen zu beteiligen.

Spartakistenherrschaft im Düsseldorfer Bezirk.

Sterkrade (Rgbz. Düsseldorf), 14. Februar. (Dr.) Seit Donnerstag steht Sterkrade unter spartakistischer Herrschaft. Der Bahnhof, das Rathaus und die anderen öffentlichen Gebäude sind besetzt. Die Polizeimannschaften wurden entwaffnet. Zu Gewalttätigkeiten ist es noch nicht gekommen.

General Mannerheim erkrankt.

Stockholm, 14. Februar. (Dr.) General Mannerheim kann wegen Krankheit seine Abreise nach Stockholm heute abend nicht antreten.

Gerüchte über eine Revolution in Bukarest.

Paris, 14. Februar. (Dr.) Havasmeldung. Verschiedenen dänischen und schweizerischen Blättern zufolge soll in Bukarest eine Revolution ausgebrochen sein; die königliche Familie soll versucht haben, nach Jassy zu entkommen, aber gezwungen worden sein, nach Bukarest zurückzukehren. Der König soll bei der Beschießung des Schlosses verwundet worden sein. In der Pariser rumänischen Gesandtschaft wird erklärt, daß man von derartigen Vorfällen nichts wisse. „Matin" versichert, die rumänische Gesandtschaft habe direkte Telegramme erhalten, in denen von solchen Ereignissen nichts erwähnt sei.

Die Ziele der neuen Regierung.

Eine Woche hat der Mehrheitsblock gebraucht, um das neue Ministerium zu bilden Hier zeigt sich schon, daß wir in Zukunft diese Methoden nicht beibehalten dürfen, denn nicht die Parteien haben im Sinne einer parlamentarischen Regierung die Aufgabe, die Mitglieder des Kabinetts von sich aus zu stellen, sondern dem vom Reichspräsidenten ernannten Ministerpräsidenten liegt es ob, die geeigneten Männer da zu suchen, wo er sie findet. Dieser Kampf der Fraktionen um die Ministersitze hat einen häßlichen Eindruck gemacht. Es ist nicht notwendig, daß jede Partei gerade so viel Ministerposten erhält, wie ihrem Stärkeverhältnis im Mehrheitsblock entspricht. Sonst könnten wir dahin kommen, daß brauchbare Kräfte brach liegen, weil sie sich zufällig in das arithmetische Verteilungssystem nicht mehr einfügen lassen. Die Demokratie soll doch die Fesseln der Ueberlieferung und Bevorzugung abstreifen, dem wirklich Tüchtigen freie Bahn schaffen, auch wenn er nicht zu den Bevorzugten des parteipolitischen Führerkreise gehört. Sonst geraten wir in die Gefahr einer Versteinerung des Parlamentarismus, die ebenso groß, wenn nicht größer ist als die vielgeschmähte „Ochsentur" des überwundenen Bürokratismus und der Bevorzugungswirtschaft des alten Systems. Im übrigen hat die Ministerliste keine wesentlichen Aenderungen mehr erfahren. Das Reichsernährungsamt ist nun doch den Sozialdemokraten zugefallen, die auch das Reichswirtschaftsamt und das Reichsarbeitsamt besetzt haben. Damit wird ihnen die Verantwortung für Inhalt und Form der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands übertragen. Ob eine dauernde Beibehaltung des Reichsernährungsamtes geplant ist, ist heute nicht abzusehen. Die Blockade muß einmal fallen, was auch die Regelung der Ein- und Ausfuhr nach anderen Grundsätzen notwendig macht, als nach denen einer Beschränkung auf die unentbehrlichsten Rohstoffe und Nahrungsmittel. In das Reichskolonialamt ist der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell eingezogen, was um deswillen eine vorteilhafte Lösung ist, weil eine Zeitlang die Absicht bestand, für die Kolonien nur ein vom Auswärtigen Amt abhängiges Unterstaatssekretariat zu errichten. Das wäre einer kolonialpolitischen Waffenstreckung gleichgekommen, die in Paris sicher eine Auslegung zu unserem Nachteil gefunden hätte. Gerade weil Lloyd George jetzt im Unterhause wieder betont hat, Deutschland erhielte seine Kolonien nicht wieder zurück, müssen wir die Rückgabe zur Haupt- und Lebensfrage des Friedens machen. Wir haben unsere Kolonien ebenso gut verwaltet wie die Briten die ihren. Und verfügten wir über das Maß kolonialpolitischer Erfahrung wie die Engländer, so würden wir aufgrund unserer organisatorischen Befähigung auch Musterkolonien geschaffen haben. Lloyd George mag daran erinnert werden, daß Cecil Rhodes die kolonisatorische Befähigung der Deutschen nicht angezweifelt hat, daß er aber um so härter die Kolonialpolitik der Franzosen verurteilte, denen er alle Kolonien weggenommen wissen wollte.

Wir müssen nun die Taten der neuen Regierung abwarten. Das gilt auch gegenüber der Rede Scheidemanns, die leider nicht frei war von parteipolitischen Engherzigkeiten. Wenn es nunmehr zum Regierungssystem gehört, dem alten System Flüche und Steine nachzuwerfen, so übernimmt damit die neue Regierung die Verpflichtung, es unter allen Umständen besser zu machen, als es vor dem Kriege war. Es muß Scheidemann zugegeben werden, daß er und seine engeren politischen Freunde seit dem 9. November ehrlich um die wahre Demokratie gerungen haben. Das „unabhängige" Bleigewicht, das sie mit hineinnehmen mußten, war durch die sozialistische Machtverteilung in Berlin bestimmt. Darunter hat die vorläufige Regierung ebenso gelitten wie das ganze Reich, das im Rat der Volksbeauftragten einige unabhängige Querköpfe am Werke sah, Deutschland wirtschaftlich und sozial zu zertrümmern. Scheidemann hat die Nationalversammlung als die Vollendung der Revolution gefeiert, denn ihr liege es ob, die Rechtbefugnisse des neuen Freistaates zu beschließen. Dies alles und vieles andere war wenig neu, zumal die Erwartung darauf stand, eine ausführliche Darlegung der Grundzüge der Politik der neuen Regierung zu erhalten. Auch hier ist nicht viel Neues gegeben worden. Das mag in dem Zwange der Verhältnisse begründet sein, in der Unsicherheit der Kenntnis der Friedensbedingungen, die uns auferlegt werden. Scheidemann hat demgegenüber betont, daß Deutschland sich nicht von den Grundsätzen Wilsons abdrängen lasse, daß ein Friede, der Deutschland niedertrete, für alle Völker ein Unglück und eine Gefahr wäre. Es wird sich zeigen, ob die moralischen Kräfte, die die neue Regierung einzusetzen vermag, stark genug sind, um die Machtgier der Franzosen zu überwinden. Wenn Scheidemann schließlich die innerpolitische Tätigkeit der neuen Regierung damit umschrieb, daß sie Einheit und Freiheit bedeuten und bringen solle, so läßt sich da viel oder garnichts dabei denken. Alles hängt so sehr von dem politischen Geschick der neuen Männer ab, daß programmatische Erklärungen nicht viel Wert haben und nicht viel länger dauern als der Hauch vor dem Munde. Die innere Einigkeit setzt Ruhe und Ordnung voraus, die ohne festes Zugreifen der Regierung nicht zu schaffen sind.

Scheidemann verhehlte nicht, daß das Zusammenarbeiten von Sozialisten und Bürgerlichen die Gefahr von Reibungsflächen böte Allein im Gegensatz zu früheren Erklärungen Eberts gab er die feierliche Versicherung, daß die Sozialisten zwar aus ihrer Ueberzeugung kein Hehl machen, aber keinen Druck auf die Bürgerlichen ausüben würden. Reden nützen uns jetzt nicht mehr viel. Die neue Regierung wird ihren Befähigungsnachweis nur durch Taten erbringen können. Das mag auch Scheidemann eingesehen haben, weshalb seine Rede jedes Pathos vermied und das Gesicht der rauhen Wirklichkeit zukehrte.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier.

Berlin, 14. Februar. (Dr.) Der Sonderzug der deutschen Waffenstillstandskommission traf heute vormittag 9 Uhr in Trier ein. Die deutschen Delegierten sind Reichsminister Erzberger, General von Hammerstein, Gesandter von Haniel und Kapitän Vanselow, außerdem eine Anzahl Sachverständiger. Die Ankunft Fochs erfolgte um 2 Uhr. Die Sitzung wurde um 3 Uhr durch Foch eröffnet, darauf nahm Erzberger das Wort.

Berlin, 14. Februar. Während der Tagung der Trierer Verhandlungen findet in Spaa keine Vollsitzung der Waffenstillstandskommission statt. Es werden jedoch, wie in früheren Fällen, wichtige Noten durch die Hand des Stabschefs ausgetauscht werden.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 14. Februar. (Dr.) In der Waffenstillstandskommission verlas General von Hammerstein eine Erklärung, in der es heißt:

Der Waffenstillstand ist geschlossen worden, um einen Frieden der Versöhnung einzuleiten und den Alliierten Sicherheit dafür zu geben, daß Deutschland die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen könne. Die Trierer Verträge zur Verlängerung des Waffenstillstandes haben besondere Forderungen der Entente gebracht, die als militärische Sicherungen nicht mehr begründet werden können. Das Zurückhalten der deutschen Kriegsgefangenen, die Fortdauer der Blockade und die Wirtschaftssperre am Rhein verbittern das deutsche Volk, steigern seine inneren Nöte und fördern den Bolschewismus. Das deutsche Volk erwartet nunmehr mit Bestimmtheit, daß von den vom Präsidenten Wilson festgelegten Grundsätzen nicht mehr abgewichen wird, daß ihnen keine Verschärfungen mehr auferlegt, sondern Erleichterungen gewährt werden, deren es zum Ausbau der inneren Ordnung und des neuen Staates bedarf.

In der Sitzung vom 9. 1. hatte der Vorsitzende bekannt gegeben, daß General Dupont beauftragt worden sei, im Einvernehmen mit den deutschen Ministern des Innern die Heimführung derjenigen Elsaß Lothringer in die Wege zu leiten, die während des Krieges ihre Heimat verlassen mußten. Hierzu teile General von Hammerstein mit, daß eine derartige Tätigkeit des Generals Dupont deutscherseits abgelehnt werden müsse, da die Rückführung der Elsaß-Lothringer Zivilpersonen allein Sache der deutschen Behörden sei, da über die Staatsangehörigkeit der Elsaß Lothringer erst die Friedenskonferenz entscheiden werde.

Der Völkerbundsentwurf fertiggestellt.

Paris, 14. Februar. (Dr) Der Völkerbundsentwurf wurde am Donnerstag nach eingehender Erörterung in 2. Lesung unter Wilsons Vorsitz angenommen. Seine Veröffentlichung erfolgt, sobald Wilson ihn der Konferenz vorgelegt hat, die am Freitag um 3 Uhr zu einer Vollsitzung zusammentreten wird.

Telegrammwechsel zwischen Ebert und dem österreichischen Staatskanzler.

Berlin, 14. Februar. (Dr.) Staatskanzler Renner richtete an den Präsidenten der deutschen Republik Ebert ein Begrüßungstelegramm. Ebert dankte für die Glückwünsche, indem er der Hoffnung auf innige Brudertreue Ausdruck gab.

Die Salzburger für den Anschluß an Deutschland.

Salzburg, 14. Februar. (Dr.) Der Salzburger Landtag nahm einstimmig einen von den Sozialdemokraten und den Deutsch-Freiheitlichen eingebrachten Dringlichkeitsantrag an, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die Bevölkerung des Landes Salzburg in Form einer Volksabstimmung sich dafür ausspricht, für alle Zeiten Zugehörige des deutschen Reiches zu sein.

Belgische Besatzungstruppen im Kampf mit deutschen Spartakisten.

Duisburg, 14. Febraar. (Dr.). In der vergangenen Nacht griff auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorkommnisse am Mittwoch eine belgische Kompanie mit Maschinengewehren ein. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathause an, als dort drei Hamborner Spartakistenführer von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren erzwingen wollten. Die Spartakisten mußten schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht werden. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung das Rathaus.

Angestelltenstreik in Hamburg.

Hamburg, 14. Februar. (Dr.) Die Angestellten der Hamburger Warenhäuser sind heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Radek verhaftet.

Der russisch-bolschewistische Agitator Karl Radek ist in Berlin verhaftet worden.

Karl Radek, der aus Galizien stammt, längere Zeit in Deutschland lebte und später eine Stütze der bolschewistischen Moskauer Regierung wurde, gehört zu den Hauptschuldigen der blutigen Januarwirren, zu den Hauptanstiftern der spartakistischen Unruhen. Auf dem

Parteitag des Spartakusbundes verkündete er als sein Ideal den gemeinsamen neuen Krieg Rußlands und des dem Bolschewismus eroberten Deutschland gegen die Entente. Die bolschewistische Regierung Rußlands duldet keine Eingriffe der Ausländer in ihre Angelegenheiten und ist bekanntlich zur Vereitlung eines dunklen gegen sie gerichteten Unternehmens auch nicht vor der Verhaftung von diplomatischen Vertretern des Auslandes zurückgeschreckt. Indem Deutschland bei den früher österreichischen und jetzt russischen Staatsangehörigen die Gesetze in Anwendung bringt, zeigt es, daß es auch seinerseits eine Einmischung fremder Regierungen in seine inneren Angelegenheiten nicht zu dulden gewillt ist.

Mit der Verhaftung Radeks ist der letzte Spartakusführer von Bedeutung unschädlich gemacht worden. Mit ihm ist eine der gefährlichsten Persönlichkeiten in die Hände der Polizei geraten. Der wechselvolle Lebenslauf dieses Mannes, der erst aus der polnischen, dann aus der deutschen Sozialdemokratie ausgestoßen ist, wurde in der letzten Zeit mehrfach geschildert. Doch sind gerade seine Schicksale so überaus bezeichnend für die Leute, die die geistigen Führer des Bolschewismus sind. In Rußland konnte der auch mit dem Verbrechen des Diebstahls belastete Mann sich eine Führerstelle erringen. Er wurde der Propagandachef Lenins, der russische Northcliffe. Bei der Umwandlung des Spartakusbundes in die kommunistische Partei tauchte Radek-Sobelsohn dann in Berlin auf und war einer der Haupthelfer für die erste Spartakus-Revolution. Radek prahlte mit den 400 Agitatoren, die für den Bolschewismus tätig seien und die, als der Aufstand in Berlin blutig niedergeschlagen war, dann in die Provinz geschickt wurden, um neue Aufstände zu entfachen. Nach dem Mißlingen des ersten Berliner Aufstandes, verschwand Radek zwar vor der Oeffentlichkeit, nichts destoweniger setzte er im Geheimen seine Wühlarbeit fort. Er empfing dauernd Kuriere, die ihn reichlich mit Geldmitteln aus Rußland versorgten und war an der Arbeit, eine zweite Spartakus-Revolution vorzubereiten. Es ist bekannt, daß er sich ein großes Propagandabüro eingerichtet hatte und für die bolschewistischen Ideen und ihre Durchführung warb. Der geplante Aufstand im März wird nun wohl nichts werden, denn mit der Verhaftung Radeks sind die Fäden der bolschewistischen Geheimorganisation klargelegt, und außerdem ist die Verbindung zwischen den deutschen und russischen Bolschewisten unterbrochen. Radek wird sich wegen seiner Blutschuld vor dem deutschen Strafrichter verantworten müssen. Seine Verbrechen werden ihre Sühne finden. Daran ändert auch die Drohung der „Roten Fahne" nichts, welche meint, daß sich die Ebert-Regierung wohl klarmachen müßte, daß die Sowjet-Regierung Rußlands die Gelegenheit und die Macht hat, dem Akt der Gewalt, der an ihrem Vertreter begangen wird, wirksam zu begegnen. Nein, die deutsche Regierung beabsichtigt keinen Akt der Gewalt, wohl aber einen Akt der Gerechtigkeit und wird sich hoffentlich weder durch die Mahnungen der „Roten Fahne" noch durch „diplomatische Schritte" der Sowjet-Regierung daran hindern lassen. Die deutschen Anhänger des Bolschewismus, die immer so verheißungsvoll nach Osten sehen, werden von der Menschenfreundlichkeit der Sowjet-Leute vielleicht doch den richtigen Begriff bekommen haben, als sie hörten, daß die reichsdeutsche Besatzung von Windau dieser Tage von den Bolschewisten schmählich ermordet worden ist. Statt über die Ostgrenze sollten die verführten Köpfe lieber nach Weimar schauen, wo in diesen Tagen die Festigung unseres Staatslebens erfolgt. Hinter Weimar steht das deutsche Volk. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind tot, Radek, der Letzte und gefährlichste Führer, ist verhaftet. Fürwahr die Aussichten für Spartakus sind schlecht geworden! Denn wir befinden uns nicht im Ausland. Und in Deutschland ist der Boden für das spartakistische Gewächs zu trocken.

Zum Ende Liebknechts und der Rosa Luxemburg.

Die Rote Fahne erhob unter Namensnennung gegen eine Anzahl Offiziere und Soldaten die Anschuldigung des Mordes begangen an Liebknecht und Rosa Luxemburg, beziehungsweise Beihilfe dazu. Der Vorwärts gibt auszugsweise diese Anschuldigungen wieder und fügt hinzu: Es läßt sich nicht verkennen, daß dies außerordentlich schwere Anklagen sind. Wir verlangen strengste Untersuchung dieser Beschuldigungen. Die sehr detaillierte Darstellung der Roten Fahne läßt darauf schließen, daß sie Beweismaterial an der Hand hat. Dieses Beweismaterial muß aufs Genaueste geprüft werden. Bestätigt sich der behauptete Sachverhalt, so ist gegen die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes rücksichtslos vorzugehen.

Das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt zu dem in der „Roten Fahne" erschienenen Leitartikel „Der Mord an Liebknecht und Luxemburg" und „Die Tat und die Täter" folgendes mit: Es ist nicht üblich, während eines schwebenden Untersuchungsverfahrens den Akteninhalt zu veröffentlichen. Wenn dies in der „Roten Fahne" geschieht, ist es, wie wir wiederholen, auch auf einen Vertrauensbruch zurückzuführen. Im übrigen bringt der Artikel, soweit es sich um feststehende Tatsachen handelt, keineswegs neue Enthüllungen, sondern nur das bisherige Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung und außerdem einige bisher gänzlich unbewiesene Behauptungen. Das Verfahren gegen die vier Offiziere, welche Liebknecht begleiteten und auf ihn geschossen haben, ist seinerzeit sofort eingeleitet worden, ebenso gegen den Oberleutnant Vogel. Im Falle Rosa Luxemburg ist nach Ermittelung der Täterschaft des Husaren Runge das Verfahren auf diesen unter der Beschuldigung des versuchten Mordes und der schweren Körperverletzung ausgedehnt worden. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang. Daß das Gericht nichts zur Klarstellung der Vorgänge unversucht läßt, geht daraus hervor, daß der Untersuchungsführer vor einigen Tagen in einer Besprechung den bis dahin verantwortlich zeichnenden Redakteur Schroeder der „Roten Fahne" dringend gebeten hat, das angeblich vorhandene Material dem Gericht zur amtlichen Bearbeitung vorzulegen oder die Gewährsleute zur Meldung beim Gericht zu veranlassen. Die Aufklärung des oben erwähnten Vertrauensbruches ist dem Gericht für die Feststellung des Sachverhalts selbst völlig gleichgültig. Nachdem der Redakteur Schroeder hierzu nur ausweichende Antworten gegeben hat, ist sofort an die Redaktion selbst ein entsprechendes Ersuchen abgegangen. Eine Antwort hierauf ist aber noch nicht erfolgt.

Die Erschießung der deutschen Besatzung von Windau durch die Bolschewiki.

Libau, 12. Februar. Die bei der am 31. Januar erfolgten Einnahme Windaus durch die Bolschewiki in Gefangenschaft geratene reichsdeutsche Besatzung von etwa 180 Mann ist tags darauf von den Bolschewiki erschossen worden. Die Leichen wurden in ein Massengrab geworfen. Auch mehrere deutsche Matrosen wurden erschossen. In Riga finden täglich Verschleppungen und Hinrichtungen statt In Goldingen sind 19 deutschstämmige Kolonisten durch die Bolschewiki erschossen worden.

Wahnwitzige Entschädigungsforderungen des Feindes.

Bern, 13. Februar. Wie Temps meldet, stehen sich bei den Entschädigungsforderungen augenblicklich drei Anschauungen gegenüber. Die französische Anschauung unterscheidet zwischen der Entschädigung für Zerstörungen und den Kriegskosten, wobei die Entschädigungen für Verwüstungen und Plünderungen als private Forderungen angesehen werden. Die englische Anschauung geht davon aus, daß alle durch den Krieg entstandenen Kosten der gegen Deutschland kämpfenden Nationen zusammengefaßt werden. Bei dieser Summierung gelangte man zu einem Betrag von 1000 Milliarden. Temps bemerkt dazu, daß dies gleichsam die Liquidation eines bankrotten Geschäftshauses bedeute. Der amerikanische Standpunkt hält nur die eigentlichen Kriegsschäden für entschädigungspflichtig, nicht aber die Kriegsausgaben. Bei den Beratungen des interalliierten Ausschusses wurde das englische Programm als Grundlage angenommen. Man hat bisher nur über die grundsätzlichen Fragen beraten, ist aber noch nicht in konkrete Besprechungen eingetreten.

Die französischen Menschenverluste.

Bern, 12. Februar. Der Temps beziffert die französischen Menschenverluste, die durch den Krieg entstanden sind, auf zwei Millionen. Es sind in dieser Berechnung die französischen Kriegsverluste mit 1,4 Millionen an Toten und Vermißten, und der Ausfall an Männergeburten mit 600000 veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuß 17 366, im Jahre 1917 der Ausfall 269 838. Insgesamt betrug der Ueberschuß an Toten bei beiden Geschlechtern während der vier Kriegsjahre 883 160.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 14. Februar. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fand zunächst die Wahl eines Präsidenten für den wegen Berufung in die Regierung zurückgetretenen Dr. David statt. Gewählt wurde der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach mit 259 von 334 abgegebenen Stimmen (32 Stimmenthaltungen, 7 zersplittert). Fehrenbach erklärte die Annahme der Wahl; er werde bestrebt sein, mit strenger sachlicher Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und die Würde des Hauses zu wahren. Zum Vizepräsidenten wurde der Sozialdemokrat Schulz (Ostpreuße) mit 279 von 327 abgegebenen Stimmen gewählt (4 Stimmen zersplittert, 34 ungültig).

Darauf hielt der Außenminister Graf Brockdorff-Ranzau eine Rede, worin er erklärte: Die neue Bestätigung in meinem Amte gibt mir das Recht und die Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlagen, nach denen ich die Außenpolitik im Rahmen allgemeiner Regierungspolitik zu führen gedenke. Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: Beilegung des Kriegszustandes und Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft. Deutschlands freiwillige Entwaffnung hat leider die Feinde nicht milder gestimmt, neuerdings versuchten sie in Waffenstillstandsfragen zu angeln, die unzweifelhaft zu Gegenständen des Friedensschlusses gehören. Ich habe diese Versuche zurückgewiesen und werde es auch künftig tun.

Deutschland hat die Folgen seiner Niederlagen auf sich genommen und ist entschlossen, die mit den Gegnern vereinbarten Bedingungen zu halten. Diese bedeuten völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands. Zur Beschränkung unserer Souveränität, zur bindenden Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und zum Verzicht auf Rüstung sind wir bereit, wenn die bisherigen Gegner und künftigen Nachbarn sich gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir anerkennen, daß die Stellung, die Deutschland bei der Haager Friedenskonferenz in diesen beiden grundlegenden Fragen einnahm, eine historische Schuld in sich schloß, wofür unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Zugeständnis ein, daß Deutschland im Sinne der feindlichen Behauptungen alles im Weltkrieg verschuldet hat. Wir halten deshalb an den Wilson'schen Grundsätzen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen, keine Gebiete abzutreten sind. Wenn wir in von uns besetzt gewesenen Gebieten Zerstörtes wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun, verwahren uns aber dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt. Aus der Tatsache, daß unsere Gegner den Sieg zu überwiegend großem Teil nicht der militärischen, sondern der wirtschaftlichen Kriegsführung verdanken, folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein solcher wirtschaftlicher Art sein muß.

Auch nur eine zeitweilige Differenzierung Deutschlands im Handelsverkehr wäre für uns unannehmbar. Allerdings müssen auch wir in der Handelspolitik umlernen. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitig bürokratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Ich beabsichtige deshalb, erfahrene Praktiker, mehr als bisher, im auswärtigen Dienst einzustellen. Voraussetzung für die Handelsfreiheit ist die Freiheit der Meere, die deshalb für Deutschland einer der wichtigsten Punkte von Wilsons Programm ist. Wollte man Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutete das eine gewaltsame Umkehr in unserer Wirtschaftsentwicklung, eine stete Bedrohung des allgemeinen Friedens. Ebensowenig kann Deutschland ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten. Wir stimmen dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien angemessenen Anteil erhält.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 15. Februar 1919.

— **Wichtiger Erlaß für die Kriegsprimaner.** Das Kultusministerium hat unter dem 8. Februar angeordnet: Kriegsteilnehmer, die in Schuljahren 1914—1916, also bis Ostern 1917, regelrecht nach Unterprima versetzt und von der Schule ins Heer eingetreten sind, oder die nach länger als einjährigem Besuche der Obersekunda das Zeugnis der Primareife erworben haben, wird Reifezeugnis ohne Prüfung zuerkannt, wenn sie bis Schluß des Krieges im Heeresdienst waren oder kriegsbeschädigt sind.

— **Professor Dr. Robert Dorr †.** Am 12. d. Mts. starb in Elbing im Alter von 83 Jahren Professor Dr. Robert Dorr, der durch seine archäologischen Forschungen weit über die Grenzen der Provinz bekannte Gelehrte, der langjährige Vorsitzende der Elbinger Altertumsgesellschaft und Leiter des Elbinger Städtischen Museums, und gelegentlicher Mitarbeiter für die ‚Mitteilungen' des Coppernicus-Vereins zu Thorn. Sein größtes Verdienst beruht in seinen äußerst sorgfältig ausgeführten vorgeschichtlichen Ausgrabungen in der Elbinger Umgegend, die er mit scharfer Beobachtung und wissenschaftlicher Gründlichkeit in seinen vorgeschichtlichen Arbeiten beschrieben hat. Aber auch auf anderen Gebieten war Dorr literarisch tätig. So gab er mehrere Führer durch Elbing heraus, einen Führer durch Cadinen und schrieb auch „Aus der Vergangenheit des Ostseebads Kahlberg". In weiten Kreisen ist er bekannt geworden durch seine plattdeutschen Gedichte, „Tweschen Wieszel on Nagt" (Zwischen Weichsel und Nogat) 2. Aufl. Elbing 1897, von denen manche in Gedichtsammlungen und Schulbüchern Eingang gefunden haben. Darunter sind diejenigen besonders wertvoll, in denen der Dichter, selbst ein Kind jener kerndeutschen Gegend, Land und Leute in ihrer Eigenart schildert.

— **Aufhebung und Aenderung von Bekanntmachungen.** Das Reichs-Demobilmachungsamt hat eine Anzahl neuer Bekanntmachungen erlassen, nach denen die bestehenden Bestimmungen teils aufgehoben, teils abgeändert sind. (Siehe Anzeigenteil.)

— **Tierische und pflanzliche Spinnstoffe, Baumwollspinnstoffe und Baumwollgespinnste usw.** Das Reichsdemobilmachungsamt hat eine Anzahl von Bekanntmachungen erlassen, nach denen die Bestimmungen und Höchstpreise abgeändert sind. Auf die neue Bekanntmachung im Anzeigeteil betr. Verbot der Verwendung von Wolle, Flachs, Jute usw. zu einer Reihe bestimmter Fertigfabrikate wird ganz besonders hingewiesen.

— **Häute, Felle, Leichtöl, Rohbenzol, Toluol, Schmiermittel usw.** Das Reichsdemobilmachungsamt hat eine Anzahl Bekanntmachungen erlassen, nach denen die Bestimmungen abgeändert und berichtigt sind. (Siehe Anzeigeteil).

— **Berichtigung.** In unseren gestrigen Bericht über die öffentliche Volksversammlung in Viktoriapark hat sich in den Ausführungen Raubes über angebliche Entschädigungen, die er von den Polen erhalten haben soll insofern ein Fehler eingeschlichen, als es richtig heißen muß „daß ich in den 32 Jahren meines Lebens auf die Polen gewartet habe, um einmal 500000 Mark (nicht 500 Mark) zu bekommen." Für die von uns genannte lächerlich geringe Summe von 500 Mark wäre Raube jedenfalls nicht zu haben. Ferner muß es in demselben Bericht richtig heißen „vergessen Sie nicht, daß dieses Land in gewissen Teilen auch (nicht auf) einmal polnisch war".

— **Raube als Zivilist im Korps-Soldatenrat?** Der bisherige Vorsitzende des Thorner Vollzugsausschusses des Soldatenrates, Unteroffizier Raube, hat am 13. Februar 1919 von der hiesigen Fliegerbeobachterschule seine Entlassung bekommen. Damit hat er aufgehört, Soldat zu sein. Nun ist er aber doch aus seiner Stellung im Thorner Soldatenrat ausgeschieden, um in den Korps-Soldatenrat in Danzig einzutreten. Das gibt uns zu der Frage Veranlassung: Was hat der Zivilist Raube im Korps-Soldatenrat zu suchen? Die Soldatenräte haben bisher nur aus Soldaten bestanden, wie das ja in der Natur der Sache liegt. Sollte für Raube in Anbetracht seiner besonderen „Verdienste" eine Extrawurst gebraten werden?

— **Polnisch-politische Parteibildung im Aufstandsgebiet und Westpreußen.** In logischer Fortführung ihrer Enthaltung von den deutschen und preußischen Wahlen sind die Polen im Aufstandsgebiet und Westpreußen für Bildung von politischen Parteien für den Fall des von ihnen erwarteten Anschlusses an die Republik Polen geschritten. In Posen ist in der verflossenen Woche eine polnisch nationale Volkspartei, in Thorn eine polnisch sozialdemokratische Partei gegründet worden, letztere durch zwei bisher im deutschen sozialdemokratischen Lager stehende Polen, Sokolowski und Meutkowski. Dem Hetzapostel Sokolowski wird, da er sich jetzt zu den Polen bekannt hat, auf deutscher Seite niemand eine Träne nachweinen. Aber wenn er sich nun einer Tätigkeit widmet, die darauf ausgeht, für den Anschluß deutscher Landesteile an Polen Vorbereitungen zu treffen, so möge er sich dafür von der Republik Polen bezahlen lassen, soviel er nur von ihr bekommen kann, aber ihn aus öffentlichen Geldern des preußischen Staates zu besolden, besteht auf das hin noch weniger Veranlassung als bisher. Aus dieser Entwicklung der Dinge geht wieder einmal klar hervor, wie berechtigt das Mißtrauen der deutschen Bevölkerung Thorns gegen bestimmte Mitglieder des Soldatenrates ist. Hinweg mit ihnen! Sokolowski bekleidete, nebenbei bemerkt, das Amt eines Leiters der Aufklärungsabteilung des hiesigen Arbeiter- und Soldenrates. Kommentar überflüssig.

— **Die Deutsche demokratische Partei** (Ortsgruppe Podgorz) hält am morgigen Sonntag 530 Uhr im Kronprinzen eine Mitgliederversammlung ab, in der ein Vortrag über „Was haben wir erreicht und welche Aufgaben stehen uns für die Zukunft bevor" gehalten werden soll.

— **Eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** findet, wie aus dem Anzeigeteil hervorgeht, am Mittwoch, dem 19. Februar, statt. Die Tagesordnung weist u. a. folgende wesentlichen Punkte auf: Antrag des Stadtverordneten Paul betreffs Abbau der Vorschulen, Uebernahme einer Bürgschaft bis zur Höhe von 300 000 Mark für den Bau von 40 Häusern der Kleinwohnungsbaugesellschaft und Beschlußfassung über den Antrag der Elektrizitätswerke auf weitere Erhöhung der Tarife für Straßenbahnfahrten, Gas u. Elektrizität.

— **Die gestrige Versammlung des Sportvereins „Hohenzollern“** war zahlreich besucht. Es wurde beschlossen, mit den Spielen am Sonntag zu beginnen.

— **Eine Reihe von Vorträgen über Bürgerkunde** veranstaltet von Dienstag, dem 25. Februar, ab die Deutsche demokratische Partei. Zur Teilnahme berechtigen die Mitgliedskarten der Partei und auf dem Boden der Partei stehende eingeführte Gäste. Den Mitgliedern wird empfohlen, sich Mitgliedskarten zu verschaffen, soweit sie sich noch nicht in ihren Händen befinden. Näheres wird noch bekannt gegeben.

— **Das heutige Kappenfest im Bürgergarten** wird nicht vom Militäranwärter Verein, sondern vom Militärarbeiter-Verein veranstaltet.

— **Der Sportverein „Vistula“-Thorn** veranstaltete am Mittwoch zur Förderung des Interesses und des engeren Zusammenschlusses der alten Vereinsmitglieder ein gutbesuchtes, gemütliches Beisammensein. Der Vorsitzende begrüßte die alten Mitglieder und die aus dem Felde Zurückgekehrten und gab von seiner weiteren Tätigkeit in der Sportplatzangelegenheit Kenntnis. Er ersuchte die aktiven Mitglieder um recht rege Beteiligung an den jeden Sonntag, nachmittag 2 Uhr auf dem Kasernenhofe des J.-R. 176 stattfindenden Uebungsspielen sowie an den jeden Mittwoch 7 Uhr abends im „Löwenbräu“ stattfindenden zwanglosen Zusammenkünften.

— **Verschiedene kleine Brände** riefen in den letzten Tagen die städtische Feuerwehr in Tätigkeit. In allen Fällen konnte das Feuer nach kurzer Zeit gelöscht werden. So brannte am Donnerstag nachmittag 3 Uhr im Keller des Hauses Baderstraße 7 dort lagerndes Stroh, das durch unvorsichtiges Umgehen mit Zündhölzern Feuer gefangen hatte. Gestern morgen 10.45 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Gerechtestraße 16 gerufen, wo im 3. Stockwerk eine Explosion dadurch entstanden war, daß der aus dem Felde zurückgekehrte Rudolf Schlicht beim Leimkochen den Tiegel anstatt mit Leim mit Dynamit gefüllt hatte. Wie durch ein Wunder kam Schlicht mit geringen Verletzungen davon. Die Möbel gingen bei der Explosion in Trümmer, die Fensterscheiben sprangen entzwei. Nachmittags 6 Uhr rückte die Feuerwehr nach der Knabenmittelschule aus, wohin sie irrtümlich gerufen worden war. Dort hatte man größere Mengen Papier verbrannt. Die zum Schornstein herausschlagenden Flammen waren von Vorübergehenden für den Ausbruch eines Feuers gehalten. Am Abend 10.30 Uhr war Seglerstraße 31 infolge Selbstentzündung frisch gebrannten Kaffees, den man, ohne ihn zuvor abzukühlen, in eine Holzkiste geschüttet hatte, ein Kellerbrand ausgebrochen, der nach kurzer Zeit ebenfalls gelöscht wurde.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonntag, den 16. Februar: Zeitweise heiter, Nachtfrost.

Graudenz. Die Suspendierung des hiesigen Polizeiinspektors Vogel von seinem Amt hat der Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig beschlossen. Die städtischen Behörden haben zu der Absetzung Stellung noch nicht genommen. — Zwei große Einbruchsdiebstähle wurden in den letzten Nächten verübt. Dem Juwelier Schmidt wurde ein Schaufenster zertrümmert und dabei Gold- und Silbersachen im Werte von 3000 Mark gestohlen. Auf dem der Stadt gehörigem Gute Klein-Kunterstein wurde im Privatkeller gleichfalls ein Einbruch verübt und größere Posten Weine und Lebensmittel von erheblichem Werte gestohlen. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in einem Hause in der Lindenstraße. Ein Dienstmädchen bediente sich dort beim Feueranmachen der Brennspiritusflasche. Diese entzündete sich im Ofen, wobei die Flammen aus dem Ofen schlugen und die Kleidung des Mädchens in Brand setzten. Es erlitt schwere Brandwunden, an denen es im Krankenhause gestorben ist.

Dirschau. Selbstmord und Mordversuch. Der Arbeiter Albert Golembiewski, der mit seiner Frau in Uneinigkeit lebte, suchte diese bei seinem Schwiegervater, dem Arbeiter Schodrowski, und feuerte dort nach kurzem Wortwechsel fünf Revolverschüsse ab, durch welche seine Schwiegermutter eine schwere Verletzung des Kinnes und die zufällig in der Sch.schen Wohnung anwesenden Arbeiter Klein und Wenzel im Schulterblatt erheblich verletzt wurden. Die übrigen Schüsse, die der Frau G. und ihrem Vater zugedacht waren, verfehlten ihr Ziel. Hierauf begab sich G. nach seiner eigenen Wohnung und tötete sich auf dem Flur durch einen Schuß in den Mund.

Bromberg. Unter dem Verdachte des Landesverrats waren Dienstag der Herausgeber des hiesigen „Dziennik Bydgoski“ Jan Teska, einer seiner Mitarbeiter Felczykowski und mehrere andere Polen verhaftet und dem Gericht der 4. Inf.-Division zugeführt worden. Die Verhafteten wurden wie die „Ostd. Rundschau“ mitteilt, am Mittwoch wieder freigelassen. Die Verhaftung stand im Zusammenhage mit ihrer polnischen Vereinstätigkeit.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Am Donnerstag Abend sind wir zum ersten Mal zu einer Versammlung gewesen, die der A.- und S.-Rat einberufen hatte und leider hat sie den denkbar schlechtesten Eindruck hinterlassen. Immer, wenn in absprechender Weise von Herrn Raube und verschiedenen anderen Soldatenräten die Rede war, glaubten wir an Uebertreibungen; der Verlauf der Versammlung lehrte uns aber, daß der Unmut vieler durchaus berechtigt war. Herr R., der in seiner Rede immer wieder betonte, daß er nicht polen-, sondern deutschfreundlich gesinnt sei und seine Taten, die dieses beweisen sollten, selbst verherrlichte und seine Tätigkeit als unbezahlbar hinstellte, scheint garnicht zu fühlen, was er dadurch für einen Eindruck hervorrief. Ein wirklich guter Deutscher braucht es doch garnicht erst zu betonen, daß er ein guter Deutscher ist und bei einem solchen ist es doch auch etwas Selbstverständliches, daß er sich voll und ganz dafür einsetzt, seine Heimat zu schützen, auch ohne sich dafür belobigen zu lassen, oder wie es Herr R. tat, sich selbst zu loben. Recht unangenehm berührte auch der Standpunkt, auf den sich Herr R. betreffs der bedrohten Heimat stellte und der Tumult, der sich hierbei erhob, war der schlagendste Beweis, wie empörend man seine Ausführungen fand. — Jetzt, da Herr R. vielleicht recht bald Gelegenheit haben könnte, seine „vaterländische“ Gesinnung wiederum zu beweisen, kehrt er Thorn den Rücken. Doch wird ihm wohl kaum jemand nachtrauern, höchstens seine unabhängigen Anhänger und die verschiedenen polnischen Soldaten, die in unserer Nähe standen und ihm solch stürmischen Beifall zollten, als wäre er ihr Landsmann. Die ganze Versammlung trug überhaupt einen ganz anderen Charakter, als sich aus der Anzeige ersehen ließ. Es war weiter nichts, als eine Hetzrede gegen die Regierung und eine Abschiedsfeier für Herrn R. Die Diskussion fiel gänzlich aus. Es war zwar von einem Herrn Soldatenrat sehr schön gesagt worden, man solle auch den politischen Gegner achten, aber getan hat man's nicht. Einem Herrn, der sich zum Wort meldete, wurde einfach das Wort entzogen. Solange Herr R. sprach und durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, appellierte ein Herr Soldatenrat immerfort an die Intelligenz der Versammlung. Als aber der Gegner sprechen wollte, hatte der Herr Soldatenrat, als Zwischenrufe laut wurden, das schöne Wort von der „Intelligenz“ ganz vergessen. Die Herren haben sich wirklich gestern in ihrer ganzen Glorie gezeigt und wer wirklich noch etwas für sie übrig hatte, ist jetzt gründlich bekehrt worden. Herrn R. möchten wir noch bei seinem Scheiden nachrufen: Gott sei Dank, daß Thorn Sie los ist.

Mehrere Thorner.

Oeffentliche Volksversammlung mit freier Aussprache

nannte sich die vom Vollzugsausschuß der A. u. S.-Räte am Donnerstag einberufene Volksversammlung im V.-P. Nachdem Herr Raube seine Hetzrede beendet hatte, kamen noch zwei Herren vom A. u. S.-Rat zum Worte. Die ganzen Reden hatten sehr viel Worte, aber wenig Sinn. Als darauf der Freiwillige L. vom Grenzschutz das Wort ergreifen wollte, wurde es ihm abgeschnitten mit der Begründung, daß er vom Grenzschutz sei. Da eine große Anzahl der Anwesenden für die Rede war, wurde abgestimmt. Die Abstimmung fiel zugunsten des Freiw. L. aus. Der Freiw. L. hatte die Tribüne bereits verlassen, weil er vom A. u. S.-Rat mit Verhaftung und Rausschmeißen bedroht wurde. Als der Kanonier Schulz gegen den A. u. S.-Rat heftig protestierte und für die Rede des Freiw. L war, wurde ihm auch mit Rausschmeißen gedroht, weil er auch vom Grenzschutz war. Es hatte den Anschein, als ob die angesagte Diskussion nur für die Anhänger Raubes bestimmt war. Erst wird von Recht und Freiheit gepredigt, dann aber, wenn man die Wahrheit hören soll, das Reden verboten. Und die Herren wollen uns regieren!

Konrad Schulz.

Zu der Versammlung im Viktoria-Park schreibt uns Herr Mittelschullehrer Paul:

Die „Thorner Zeitung“ wirft mir vor, daß ich in der sozialdemokratischen Versammlung für Schluß der Besprechung eingetreten sei „mangels Gedanken zur Widerlegung des Referenten“. Ich erkläre, daß durch mein Eintreten Herr Sokolowski veranlaßt wurde, Herrn Lindemann das Wort weiter zu geben, daß ich aus dieser Unterredung aber die Ueberzeugung gewann, daß Herr Sokolowski nicht mehr im stande war, die Gegner vor Angriffen zu schützen. Eine ersprießliche fortführende Besprechung war damit unmöglch. Darum unterstützte ich jetzt den Antrag auf Schluß der Besprechung. Wer die tumultuarischen Vorgänge am Schluß der Versammlung miterlebt hat, wird zugestehen müssen, daß ich Dank verdient habe und nicht Vorwürfe.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 16. Februar 1919.

Altstädt. evangel. Kirche. Vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Lic. Freytag. Vorm. $11^1/_2$ Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Abends 6 Uhr: Gottesdienst Herr Pfarrer Jacobi. Außerordentliche Notstandskollekte.

Neustädt. evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Superintendent Waubke.

Garnisonkirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Divisionspfarrer Salzsieder. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Amtswoche: Herr Divisionspfarrer Salzsieder.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Arndt.

Evangelisch-lutherische Kirche (Bachestraße). Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Predigt-Gottesdienst Vorm. $10^1/_2$ Uhr: Kinderlehre. Herr Pastor Wohlgemuth.

St. Georgenkirche. Vorm $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Heuer. Vorm. $11^1/_2$ Uhr: Kinder-Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Nachm. 5 Uhr: Missions-Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Im Anschluß daran Jahres-Versammlung des Missionshilfsvereins für die Berliner, Goßnersche und Bielefelder Missions-Gesellschaft. Außerordentliche Notstands-Kollekte.

Gemeinschaft für entsch. Christentum, Baderstraße 28. Hof-Eingang. Evangelisations-Versammlungen jeden Sonn- und Feiertag nachmittags $4^1/_2$ Uhr, Bibelstunden, jeden Dienstag u. Donnerstag abds.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche. Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt (am Bayerndenkmal). Früh $8^1/_2$ Uhr: Gebetstunde. Nachmittag 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Nachm. $4^1/_2$ Uhr: Evangelisations-Versammlung. Nachm. 6 Uhr: Jugendbund. — Mittwoch abds. $7^1/_2$ Uhr: Bibelstunde.

Baptistengemeinde (Heppnerstraße). Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gebetstunde. Vorm. 10 Uhr: Predigt. Herr Pred. Wesser Vorm. $11^1/_2$ Uhr: Bibelklasse und Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Predigt. Nachm. $5^1/_2$ Uhr: Jugendverein. Herr Pred. Wesser. Mittwoch abends 7 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

Thorner ev.-kirchl. Blaukreuz-Verein. Nachm. 3 Uhr: Versammlung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestraße 4 (Eingang Gerstenstr.) Jedermann willkommen.

Christlicher Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 4 Uhr: Versammlung.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Kinder **Anni** *und* **Walter** *zeigen ergebenst an*

Emil Sittenfeld u. Frau	**Charles Casper u. Frau**
Marie geb. Herzberg	Eliese geb. Schwabe
Berlin-Lichterfelde-Ost, Heinersdorferstr. 7	Thorn Wpr., Fischerstrasse 46
Anni Sittenfeld	**Walter Casper**

Verlobte

Februar 1919.

Das Reichsdemobilmachungsamt hat nachfolgende Bekanntmachung erlassen:

F. R. 930/12. 18 KRA (K. St. Id 13 935) vom 5. 1. 1919 und Nr. F. R. 110/1. 19 KRA (K. St. Id 14 044) vom 17. 1. 19 betr.: Aenderung des durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 57/10. 18 KRA vom 1. 10. 18 abgeänderten § 2 der Bekanntmachung Nr. W. M. 57/4. 16 KRA betreffend

Bestandserhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen usw.

vom 31. 5. 16 mit Inkrafttreten vom 5. 1. 19 und

Aufhebung bezw. Erhöhung der Höchstpreise in der Bekanntmachung W. II. 2808/8. 17 KRA über

Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgespinste

vom 2. 10. 17 mit Inkrafttreten vom 17. 1. 19.

Ferner wird eine neue Bekanntmachung Nr. F. R. 850/12. 18 KRA (K. St. I a 13 835) vom 28. 12. 18 betreffend

Verbot der Verwendung von Wolle, Flachs, Jute, Seide, Gespinsten, Fäden und Abfällen sowie Web-, Wirk-, Strick-, Flecht-, Filz und Seilerwaren aus vorgenannten Rohstoffen mit Inkrafttreten vom 5.1.19.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern bekannt gemacht worden und bei der Kriegsamtsstelle Abt. I d Danzig, Krebsmarkt 2/3, einzusehen.

Danzig, den 8. Februar 1919.

Kriegsamtsstelle.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates.

Ausführungsbestimmungen

zu der Reg.-Pol.-Verordnung vom 7. Februar 1919 betreffend Ausweiszwang.

a) Die Ausweise für die Bewohner des Stadtkreises Thorn werden vom 20. d. Mts. ab ausgefertigt:

Innenstadt, Jakobsvorstadt, Hauptbahnhof pp. im Einwohner-Meldeamt, Altst. Markt 161 in der Reihenfolge der Anfangsbuchstaben der Namen. Aufruf erfolgt durch die Zeitungen.

Bromberger Vorstadt — Meldestelle Mellienstraße 87.

Thorn-Mocker — Meldestelle Amtshaus Lindenstraße 24.

Für jeden Ausweis sind 10 Pf. Auslagen zu erstatten, unaufgezogene, d. h. zum Aufkleben geeignete Photographien (Lichtbilder aus neuerer Zeit) sind von den Antragstellern mitzubringen.

b) Außer den in § 4 der Verordnung bezeichneten Ausnahmen werden als vorschriftsmäßige Ausweise betrachtet:

Die noch giltigen Reisepässe, Gewerbelegitimationskarten und die bereits früher durch die Polizei-Verwaltung ausgestellten Ausweise mit gut erhaltenen Photographien.

Thorn, den 14. Februar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

gez. Stachowitz.

Bekanntmachung.

Dem Arbeitsnachweis für Kriegsinvaliden für die Provinz Westpreußen in Danzig, Karrenwall 2 — Telephon Nr. 363 — stehen z. Zt. folgende kriegsbeschädigte Arbeitskräfte zur Verfügung:

a) Landwirtschaft:	Inspektoren,	Rechnungsführer,
	Hofmeister,	Wirtschafter,
	Wald- und Feldhüter,	Leuteaufseher,
	1 Privatförster,	1 Gärtner.
b) Industrie:	Lagerverwalter,	Molkereifachleute,
	Bautechniker,	Zimmerer,
	Maurer,	Schlosser,
	Tischler,	1 Mühlenwerkführer,
	Pförtner, Boten,	Aufseher und Wächter.

Wir bringen dieses allen privaten sowie behördlichen **Arbeitgebern** zur gefl. Kenntnis und bitten, uns den Bedarf **an kriegsbeschädigten** Arbeitskräften laufend anzumelden.



Freiwillige

aller Dienstgrade u. aller Truppengattungen zur Grenzwacht und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stellt ein das

Festungs-Freikorps Thorn.

Mobile Löhnung und Verpflegung. 5 Mark Tageszulage.

Bedingungen: Vollständige Ausbildung, ordnungsmäßige Militärpapiere, gute Disziplin, regierungstreue, vaterländische Gesinnung.

Meldungen schriftlich oder persönlich beim Geschäftszimmer des Festungs-Freikorps Thorn, Wrangelkaserne.

Für den Soldatenrat	**Der Gouverneur:**
gez. **Conradi.**	gez. **v. Groddeck**
	Generalmajor.

Der Unterricht

an der Gewerbeschule und gewerbl. Fortbildungs-Schule bleibt noch bis auf weiteres geschlossen. **Busse.**

Haushaltungs- und Gewerbe-Schule

für Mädchen.

Die Schule bleibt bis auf weiteres

geschlossen.

L. Staemmler, Vorsteherin.

An alle stellungslosen Schulamtsbewerber!

Zwecks gemeinsamer Wahrung der Standesinteressen sendet Eure Anschrift an Lehrer **Erich Wollgast** in **Elbing**, Holl. Chaussee 13.

Bekanntmachung.

Die Spiritus-Zentrale in Berlin erhöht von heute ab den Preis für

Brennspiritus

auf Marken und Bezugscheine

pro Liter mit Mk. 1,00.

Thorn, den 15. Februar 1919.

A. E Pohl.

Die

Freiwillige Kompagnie 3. Batl. Inft.-Regt. 175

in Schwetz a. W.

stellt

Schuhmacher und Schneider

unter den bekannten Bedingungen ein. Meldung mündlich oder schriftlich beim unterzeichneten Kommando.

3. Batl. Infant.-Regt. 175.

Arbeitslose

für Notstands(Erd-)Arbeiten zwischen Kl. Grunau und Steinau werden sofort eingestellt durch

Kreisarbeitsnachweis Thorn Land

Thorn, Mauerstraße 62

und

Kreisarbeitsnachweis Culmsee

Culmsee, Thornerstraße 23.

Thorn, den 14. Februar 1919.

Kreisstelle für Arbeitsnachweis.

Laufbursche

sofort gesucht

Baugesch. **Michel**, Graudenzerstr. 69.

Tücht. 1. Putzarbeiterinnen

sofort gesucht.

Kaufhaus S. Baron

Schuhmacherstr. 20.

Waschfrau

fürs Haus, kann sich melden

Parkstraße 10.

Eine Reinmachfrau

sofort gesucht **Viktoriapark.**

Aufwärterin

von sofort für einige Stunden vormittags gesucht; daselbst ein

Grudeherd z verkaufen.

Fischer, Schulstraße 16.

Vom 1. April 1919 ist in meinem Hause Mellienstraße 5, die in der 2. Etage gelegene

10-Zimmer-Wohnung

zu vermieten.

Ackermann.

Eine herrschaftliche

7-Zimmer-Wohnung

mit Gas, elektr. Licht, Mädchenstube und sämtlichem Zubehör, sowie Stallungen und Remise vom 1. April Brombergerstr. 82 zu vermieten.

Zu erfragen

Viktoriapark, Telefon 143.

Schützenhaus

Schloßstraße 9.

Familienkränzchen

Sonnabend Anfang 5 Uhr. — Sonntag Anfang 4 Uhr.

Kaffee Kaiserkrone

Sonntag, den 16. Februar:

Von 11—1 Uhr: Matinee.

Nachmitt. ab 3 Uhr Künstlerkonzert.

Bürgergarten.

Am Sonnabend, d. 15. Februar, abends 5½ Uhr

großes Kappenfest

des Militärarbeiter-Vereins Thorn.

Jeder Besucher erhält eine Kappe gratis.

Der Vorstand.

Bürgergarten

Sonntag, den 16. Februar:

gr. Familienkränzchen

Anfang 3½ Uhr — Anfang 3½ Uhr.

Tivoli

Sonntag, den 16. Februar:

Großes Familienkränzchen.

Anfang 4 Uhr. — Anfang 4 Uhr.

Ziegelei-Park.

Sonntag, den 16. Februar 1919:

Großes Streichkonzert

ausgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments 21 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Grüneberg.**

Anfang 4 Uhr. — Eintritt 50 Pf., Kinder 30 Pf.

Hochachtungsvoll

Gustav Behrend.

Artushof.

Sonnabend, d. 22. Februar 1919

abends 7½ Uhr

Konzert

Kammersänger Robert Hutt

Eintrittspreise Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 1.—

Walter Lambeck, Buchhandlung, Elisabethstr. 20.

Deutsche demokratische Partei.

Der 1. Vortrag über Bürgerkunde findet am

Dienstag, den 25. Februar d. Js.

statt. Alles Nähere wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei.

Vorzügliche Existenz.

Tüchtige Reisende und Hausierer, auch Kriegsbeschädigte, mit gutem Verkaufstalent zum Besuche der Privatkundschaft zwecks Vertrieb einer in jedem Haushalt unentbehrlichen

Zerkleinerungs-Maschine

per sofort gesucht.

Großer Konsumartikel, Verdienstmöglichkeit spielend 200—300 Mark wöchentlich. Muster und Verkaufsbedingungen gegen Nachnahme von Mk. 20,—.

Rich. Höppner, Chemnitz, Brüderstr. 23.

Stadt-Theater

Sonntag, 16. Febr., nachm. 2½ Uhr! Ermäßigte Preise! Zum 8. Male!

„Fürstenliebe."

Abends 6 Uhr: Zum 5. Male!

„Hannerl".

Dienstag, 18. Februar, 6 Uhr: Literarischer Abend! Neuheit! Zum 1. Male!

„Blaufuchs."

Komödie in 3 Akten.

Mittwoch, 19. Febr., nachm. 2½ Uhr: Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!

Ermäßigte Preise! Zum 4. Male!

„Max und Moritz".

6 Bubenstreiche nach Wilh. Busch.

Abends 6 Uhr! Außer Abonnement! Literarischer Abend! Zum 2. Male!

„Blaufuchs."

Eisbahn Grützmühlenteich.

Sonntag von 1—3 Uhr:

Militär-Konzert.

M. Wisniewski.

Deutsche Turnerschaft

Turnverein  **Thorn e. V.**

Kreis I N. O. — Oberweichselgau.

Monats-Versammlung

Montag, den 12. Februar 1919, abends 7½ Uhr, im „Tivoli".

Der Turnrat.

Vortrag!

Thema:

„Der Verfall der Türkei im Lichte der Bibel."

Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4½ Uhr, Culmer Chaussee 6. Eintritt frei

Lämmchen

„Kleinkunstbühne"

Gerechtestr. 3.

Heute

Abschieds-Vorstellung

des gesammten Künstler-Personals.

— Anfang 4 Uhr! —

Ab Sonntag, d. 16. Febr.:

Vollständig neuer

Spielplan:

Salvador, der Matrose am Mast.

Lissy Hefelty Großmann, Humorist Vortr.-Künstlerin.

Lissy Golden Gabrecht, Vortrags-Soubrette.

5 Dunois, Equilibristischer Akt.

Elfriede Schall, Konzert-Sängerin.

Lilly Ambaras, Gesangssoubr.

Geschw. Anders, Gesangsduett.

Heini Betz, Komiker,

Damen-Haus-Orchester

Kapellmeister **A. Rueppracht.**

Bianka Runggas, Humoristischer Zauber-Akt.

2 große Vorstellungen

Anfang 3 und 6 Uhr.

3—5 Zimmer-Wohnung

per 1. 4. oder später ges. Ang. u. 269 an die Geschst. d. Ztg erbeten.

Kinderloses Ehepaar sucht zum 1. April **2 Zimmer-Wohnung** mit Küche in besserem Hause. Ang. unter Nr. 2733 an die Geschäftsst. der „Briesener Ztg.", Briesen Wpr

In der Nähe der Pionier-Kaserne wird eine 1- oder **2 Zimmerwohnung** von sof. oder 1. April **gesucht.** Ang. unt. Nr. **267** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Thorner Zeitung

Nr. 40. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Sonntag, 16. Februar 1919**

Die Kultur des Kulmerlandes vor der Ankunft des Deutschen Ritterordens.

Von Professor Arthur Semrau.

Die heutige Provinz Westpreußen, das Gebiet der unteren Weichsel, setzt sich im wesentlichen aus drei verschiedenen Teilen zusammen, dem Kulmerlande zwischen Weichsel, Drewenz und Ossa, dem preußischen Anteile auf der rechten Weichselseite von der Ossa bis an die Küste und dem links der Weichsel gelegenen Pommerellen. Jahrtausende lang war dieses Gebiet mit geringer Unterbrechung von Germanen bewohnt worden, bis die Völkerwanderung eine völlige Verschiebung in der Besiedelung herbeiführte. Pommerellen wurde von einem slawischen Stamme, das Land rechts der Weichsel von der Ossa nordwärts von den Preußen in Besitz genommen. Das Kulmerland, von dem allein wir hier sprechen wollen, gehörte nach Toeppen zu den Landschaften Preußens und zwar nach der Ermittelung des polnischen Geschichtsforschers Kętrzyński zu dem preußischen Pomesanien, dessen Name sich zur Ordenszeit auf das nördlich der Ossa gelegene Gebiet beschränkte. Auch Plehn (Geschichte des Kreises Strasburg S. 12) teilt die Auffassung, daß das Kulmerland kein altpolnisches Land gewesen sei. Alle Geschichtsforscher verabsäumen es aber, auf eine Quelle hinzuweisen, durch die ihre Behauptung gestützt werden könnte. Das ist die vorgeschichtliche Forschung. Leider ist diese bisher arg vernachlässigt worden, und besonders das reiche Material des Provinzialmuseums zu Danzig müßte durch eine Veröffentlichung der Wissenschaft zugänglich gemacht werden. Ist das Kulmerland wirklich Jahrhunderte lang seit der Völkerwanderung von Preußen besiedelt gewesen, dann müßte in den vorgeschichtlichen Funden des Kulmerlandes aus dieser Zeit eine Uebereinstimmung mit den Funden des übrigen Preußen nachgewiesen werden können. Bis jetzt sind solche Zusammenhänge nicht aufgedeckt worden.

Nach Kętrzyński übten die Polen seit dem 11. Jahrhunderte Herrschaftsrechte in dem südlich der Ossa gelegenen Teile Pomesaniens aus, den sie nach der von ihnen gegründeten Burg Kulm das Kulmerland benannten. Dem entspricht die Meinung Toeppens, der auf grund der Ausgrabungen bei Kaldus die gegen Ende des ersten Jahrtausends im Kulmerlande wohnende Bevölkerung für slawisch hält. Auch der Charakter der Funde auf dem slawischen Friedhofe zu Gramtschen Kr. Thorn, die sich im Städtischen Museum zu Thorn befinden, weisen auf das 11.—12. Jahrhundert hin, und der Münzfund von Dorf Birglau Kr. Thorn, aus dem sich eine Handelsstraße von Kujawien (etwa Hohensalza) nach Kulm erschließen läßt, stammt aus der Zeit von etwa 1039 n. Chr.

Kętrzyński behauptet, daß die polnische Kultur im Kulmerlande um 1230 sich auf derselben Höhe befunden habe wie in andern Teilen des polnischen Reiches. Das Gegenteil läßt sich aber mit Leichtigkeit erweisen. In Kujawien und Großpolen (Strelno, Inowrazlaw, Kruschwitz, Gnesen, Posen) kommt schon in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts und im Anfange des 13. Jahrhunderts der Massivbau vor. Das war ganz natürlich; denn der Steinbau hielt von Westen her aus der Mark Brandenburg seinen Einzug nach Großpolen (Posen) und Kujawien, drang aber in das weiterliegende und wenig kultivierte Kulmerland nicht vor. Daher ist hier kein einziger Rest von Backsteinbauten, kein einziger verzierter Haustein romanischer Kunstübung nachgewiesen worden, was selbst unter der notwendigen Voraussetzung der größten Zerstörung durch die Preußen möglich sein müßte. Die Polen sind über den Holzbau hier niemals hinausgekommen, Burgen auf den Burgbergen und die Kirchen waren also Holzbauten, von den Wohnhäusern ist das selbstverständlich.

Auch die Bodenwirtschaft muß hinter der in andern polnischen Landesteilen zurückgestanden haben, weil das Land erstens nicht so lange in polnischer Hand war wie die andern Gebiete und zweitens der Besitz durch preußische Einfälle gestört war und die Bewohner also doch häufig wieder von vorne anfangen mußten. Nach Meitzens Untersuchungen über Schlesien bauten die Polen stets ebenen und leichten Boden an, Hügel und Berge nur dann, wenn sie dort fruchtbarsten, milden und möglichst steinfreien Boden vorfanden. Ihr Ackergerät war eben der nur auf leichtem Boden verwendbare hölzerne Haken, wie ihn das Städtische Museum zu Thorn als hervorragende Seltenheit in einem Stücke aus Thornisch-Papau besitzt. Nehmen wir ein Beispiel aus der nächsten Nähe Thorns. Eine Fliehburg (Burgwall) liegt in dem diluvialen Weichselufer im Dorfe Rentschkau. Die entsprechende Siedlung liegt aber nicht auf der fruchtbaren Kulmer Hochfläche, sondern auf dem leichten Sandboden der Weichselniederung in Abbau Rentschkau.

Ueber die Zahl der Siedlungen im Kulmerlande gehen die Meinungen weit auseinander. Den Ausgangspunkt für die Untersuchung bildet der Vertrag von Lonyz von 1222, den Herzog Konrad von Masowien und das Stift Plock über das Kulmerland mit dem Bischof Christian abschließen. Hier werden außer der durch viele Jahre von den Preußen zerstörten und gänzlich verödeten Burg Kulm 23 ehemalige Burgen mit allen Dörfern dem Bischof Christian geschenkt, außerdem 100 Dörfer, Besitzungen und Erbschaften im Kulmer Gebiete, von denen außer Loza (Kulmsee) nur die 32 gegenwärtig (ad presens) übertragenen namhaft gemacht werden. Plehn bezeichnet diese Tatsache als auffällig und wirft die Frage auf, ob die übrigen Dörfer wirklich vorhanden waren. In der Tat macht die Urkunde den Eindruck, als ob der Herzog gar nicht in der Lage war, sofort 100 Dörfer zu übertragen. Auch der Schlußsatz „ich habe alle meine besseren Dörfer und Erbschaften im Kulmerlande bis zu der Zahl von 100 übertragen" macht einen unbestimmten Eindruck. Nicht einmal die Auffassung Plehns, daß der Herzog dem Bischof 100 „Dorfgemarkungen" geschenkt habe, kann aufrecht erhalten werden; denn es stehen in der Urkunde die Begriffe „Dörfer, Besitzungen und Erbschaften" nebeneinander oder sie werden auch alle als „Erbschaften" zusammengefaßt. Wir stimmen jedenfalls darin mit Plehn überein, daß die Auffassung Kętrzyńskis, das Kulmerland sei damals eine blühende Provinz gewesen, völlig in der Luft schwebt. Auch in der Siedlungsfrage muß die Vorgeschichte als sicherste Quelle herangezogen werden. Die älteren vorgeschichtlichen Karten reichen für diesen Zweck bei weitem nicht aus. Erst dann, wenn eine vorgeschichtliche Fundkarte geschaffen ist, auf der alle Burgberge, Ringwälle, Wohnstätten und Friedhöfe eingetragen sind, wird man ein möglichst getreues Bild von der polnischen Siedlung im Kulmerlande während des 11. und 12. Jahrhunderts gewinnen können.

Aber selbst die dürftige polnische Kultur des 11. und 12. Jahrhunderts wurde durch die wiederholten Einfälle und Verheerungen der Preußen seit 1216 so vernichtet, daß das Kulmerland vor Ankunft des Deutschen Ritterordens eine Wüste war. Das ist keine bloße Vermutung, sondern es wird uns urkundlich von allen kirchlichen und weltlichen Großen bestätigt. 1230 klagt Bischof Christian, daß die Kirche im Kulmerlande fast ganz entvölkert war. Herzog Konrad von Masowien und Kujawien berichtet in der Urkunde von 1230, durch die er das Kulmerland dem Orden übergibt, daß die Preußen einen großen Teil seiner ihnen benachbarten Länder ausgeplündert und verwüstet, Kirchen und andere Plätze in Brand gesetzt und Männer, Weiber und Kinder getötet oder gefangen genommen hätten. Aehnlich sagt der Papst Gregor IX. 1232, daß die Preußen über 100 Dörfer in der Nachbarschaft ihres Landes, Klöster und sehr viele Kirchen verbrannt hätten, wenn auch die Zahlenangaben nach Plehn übertrieben sein mögen. Ganz besonders deutlich ist ein Ausspruch des Herzogs Kasimir, des Sohnes jenes Konrad von Masowien, in einer Urkunde von 1233: „Als das Kulmerland von den Einfällen der Preußen schon die Endvernichtung (finale exitium) erlitten hatte und schon Masowien und die oben erwähnten Länder (Kujawien und andere Nachbarländer) durch die Gewaltherrschaft der Preußen anfingen zerstört zu werden, da rief der Vater die Deutschen Ordensritter herbei." Der päpstliche Legat Wilhelm nennt das Kulmerland 1243 geradezu eine Wüste (desertum), die von Einwanderern besiedelt worden wäre. Hören wir endlich die Aussage eines Mannes, der die Dinge aus nächster Nähe ansah, des Bischofs Heidenreich, der sie aussprach, als er die Kathedrale in Kulmsee 1251 errichtete. Darnach waren bei der Teilung Preußens und des Kulmerlandes in vier Bistümer (1243) im Kulmerlande und in der Löbau wegen der Ausrottung der Christen durch die wilden Preußen gar keine oder nur sehr wenige Pfarrkirchen übrig geblieben.

Das Kulmerland war also eine Wüste oder nahezu eine Wüste, als es vom Orden erobert und in Besitz genommen wurde. Da setzte die kolonisatorische Tätigkeit des Ordens ein, der nicht bloß durch einsichtsvolle Städtegründungen Handel und städtische Gewerbe förderte, sondern auch durch Einführung einer bessern Ackerwirtschaft den Boden erst recht ertragfähig machte. So führten z. B. nach Meitzen die Deutschen an Stelle des polnischen hölzernen Hakens den großen Pflug mit eiserner Schar ein, mit dem sie sich auch schweren und steinigen Boden gefügig machen konnten. Ein Teil der polnischen Bevölkerung, die in Masowien und Kujawien ihre Zuflucht gesucht haben mag, wird allmählich zurückgekehrt, andere werden bald neu zugewandert sein; aber die polnische Wirtschaftsweise stand weit hinter der deutschen zurück. Sehr lehrreich sind in dieser Hinsicht einige Beispiele, die Plehn anführt. So änderte 1285 das Domkapitel in Kulmsee die bisherige Bewirtschaftung des Gutes Morczyn Kr. Thorn, das es mit Polen besetzt hatte, weil es erkannte, daß die Kirche von den Polen keinen oder nur geringen Nutzen habe. — So haben die Deutschen Ordensritter durch das Schwert und friedliche Arbeit einer neuen höheren Kultur im Kulmerlande die Bahn geebnet, und wenn das Kulmerland von heute eine blühende Landschaft ist, so verdankt es das in erster Linie deutschem Unternehmungsgeiste, deutscher Tatkraft und deutschem Fleiße.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 15. Februar 1919.

Kriegsplauderei.

Der Beginn der Neuordnung in Deutschland hat bei unseren Gegnern eine Stimmung ausgelöst, die nichts weniger als freundlich ist. Man sieht, daß wir noch leben und daran sind, unser Staatsleben und unsere Volkswirtschaft wieder aufzubauen, und schon ist man am Werke, uns diesen Wiederaufbau unmöglich zu machen. Zeigte sich schon der jüngst bekannt gewordene Vertrag über die Lieferung der Lebensmittel in einem höchst merkwürdigen Lichte, so ist dies noch viel mehr der Fall bei den Vorverhandlungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes, der am 17. Februar abgelaufen ist. Schon die Hinausschiebung des Verhandlungsbeginnes war auf tiefgreifende Gegensätze zurückzuführen, die in der Haltung der Verbandmächte bestehen. Das Pressebüro des französischen Kriegsministeriums gab sich denn auch gar keine Mühe, diese Gegensätze abzuleugnen, die vor allem hervorgerufen sind durch die wahnsinnigen Forderungen Frankreichs. Diese Forderungen laufen, in Kürze gesagt, darauf hinaus, uns den Todesstoß zu versetzen. Die französische Presse nimmt jede passende oder unpassende Gelegenheit wahr, die Haltung Deutschlands als überaus bedrohlich hinzustellen. Zu einer solchen Auffassung besteht nach unserer gesamten inneren und äußeren Lage auch nicht der mindeste Grund. Aber darauf kommt es auch gar nicht an, sondern Frankreich benutzt diesen vorgetäuschten Grund, um seine Politik des Hasses ohnmächtig weiter zu verfolgen. Wie weit die Verbündeten Frankreich auf diesem Wege folgen werden, ist eine Frage, die in diesen Tagen entschieden wird. Die gesamte französische Presse steht, wie nicht anders zu erwarten ist, hinter der Regierung. Nur die „Humanite" rückt von dem chauvinistischen Feldzug des Pariser Kabinettes ab, indem sie die Regierung ermahnt, auf allen Imperialismus zu verzichten und sich auf den Boden der Beschlüsse der Berner Konferenz zu stellen. In England scheint die Stimmung noch geteilt zu sein. Während man einerseits von Zweideutigkeiten und Ausflüchten der deutschen Regierung spricht, wird andererseits gewarnt, bis ans Aeußerste zu gehen. Es wird hervorgehoben, daß man bei einer vollständigen Erdrosselung Deutschlands sich schließlich doch nur ins eigene Fleisch schneiden würde, und insbesondere scheint man nicht geneigt zu sein, den französischen Forderungen über die Polenfrage, deren Annahme für Deutschland eine glatte Unmöglichkeit ist, beizupflichten. Frankreichs Erdrosselungsversuche werden durch nichts deutlicher gekennzeichnet, als durch diese Forderungen. Man hat in Paris stets diejenigen Warschauer Kreise begünstigt, deren übertriebene und anmaßende Forderung durch nichts mehr zu überbieten sind und glaubt auch jetzt noch, diesen Kurs einhalten zu müssen, um die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen, obwohl man weiß, daß eine solche Regelung der Ostverhältnisse im schärfsten Widerspruch mit der Wilsonschen Auffassung steht. Zweifellos ist durch den Lauf der letzten Verhandlungen eine Annäherung Amerikas an England immer deutlicher geworden, und Wilson hat mit aller Bestimmtheit erklären lassen, daß das amerikanische Volk die Bürgschaft für einen imperialistischen Frieden nicht übernehmen könne. Die neue deutsche Regierung ist in dieser Auffassung mit Wilson durchaus einig. Auch sie wird vor ihrem Volke einen Frieden im Sinne Frankreichs nicht verantworten können. Der Verband wird sich darüber klar werden müssen, daß, wie Scheidemann dieser Tage äußerte, je drückender die Deutschland zugemuteten Bedingungen werden, desto schneller der Bolschewismus um sich greifen wird. Es bleibt also nur die Wahl zwischen Verhandlungen, die die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes erhalten, und zwischen den Gefahren des Bolschewismus. Die Politik des Hasses allein ist zu unfruchtbar, um einen dauernden Friedenszustand zwischen den Völkern zu schaffen. Das mögen sich auch die Vertreter des Verbandes überlegen, wenn sie jetzt die deutschen Unterhändler in Trier vor die ernstesten Entscheidungen stellen.

Nachdem kürzlich der Eindruck erweckt worden war, daß Deutschland nunmehr Lebensmittel von der Entente erhalten würde, ist es jetzt wieder fraglich geworden, ob die Sendung schon in absehbarer Zeit kommen wird. Man erkennt, wie eng die Lebensmittelfrage für Deutschland mit der politischen Frage zusammenhängt. Es gibt Leute, die der Meinung sind, daß wir heute schon reichlich Lebensmittel haben könnten, wenn wir nur eine sich aus der neuen Lage ergebende folgerichtige Politik getrieben hätten. Lebensmittel sind genug und übergnug in der Welt. Die Weltweizenernte für 1918 ist auf mindestens 700 Millionen Doppelzentner geschätzt, wobei nach einige unbedeutende Weizengebiete außer Rechnung gelassen sind. Jedenfalls ist die Weltweizenernte größer gewesen als im Vorjahre und ebenso die Roggen- und Gersten-Ernte. Auch die Getreideaussichten für das Jahr 1919 scheinen sehr günstig zu sein. Insbesondere rechnet man in den Vereinigten Staaten mit einer geradezu ungeheuren Ernte. In englischen Fachblättern wurde kürzlich berechnet, daß die Vereinigten Staaten infolge ihrer während des Krieges betriebenen gesteigerten Anbaupolitik in Zukunft von Weizen „zugeschneit" sein werden. Die amerikanische Regierung hat in den letzten Jahren dem Landbau und besonders dem Getreidebau solche Bedeutung beigemessen, daß Fachleute schon zu warnen beginnen. Da man auch eine sehr günstige argentinische Weizenernte erwartet und annimmt, daß Australien, Kanada und Indien ebenfalls im Jahre 1919 recht hohe Weizenerträge haben werde, so kann man wohl von einem Weltüberfluß an Weizen sprechen. Man nimmt an, daß die genannten Länder zusammen den Verbrauch sämtlicher Einfuhrländer decken können. Die Folge muß ein erhebliches Sinken der Getreidepreise sein, d. h. der Preise wohl des wichtigsten Weltmarktproduktes. Das muß sich auch in der Entwicklung der Kaufkraft des Geldes äußern. Jedenfalls ist es nicht ausgeschlossen, daß in nächster Zukunft der Weltgetreidemarkt in einer Ueberflußkrise gerät. Europa und insbesonder Deutschland würden davon Nutzen haben, wenn erst die Grenzen eröffnet sind. Ueber die Getreideernte Rußlands im Jahre 1918 und über seine Getreideaussichten für das laufende Jahr ist bisher noch nichts Zuverlässiges bekannt geworden, wie uns ja überhaupt seit Monaten brauchbare Nachrichten aus Rußland nicht zugekommen sind. Nur soviel weiß man, daß die Sowjet-Republik die größten Anstrengungen macht, den Getreidebau zu verstärken und der Anarchie in der Landwirtschaft ein Ende zu bereiten.

Die Vorräte aus unserer eigenen Ernte schrumpfen immer mehr zusammen. Wenn es in der Presse des Auslandes so dargestellt wird, als ob in Deutschland noch genügend Nahrungsmittel vorhanden seien, weil nicht täglich Tausende auf der Straße vor Hunger und Entbehrung umsinken, so wird dabei auch übersehen, daß wir aus unseren Vorräten eine wahre Raubwirtschaft treiben. Unsere letzte Ernte war schlecht. Ihr Ertrag hätte also bei vorsichtiger Einteilung nicht bis zur neuen Ernte gereicht. Ein Zusammenbruch unserer Ernährung wäre indessen nicht nur das Unglück Deutschlands. Die bolschewistische Springflut würde dann über alle Dämme, die wir mühsam genug im Osten zu errichten vermögen, hinwegschwemmen, um nach dem Willen ihrer Urheber in Europa weiter um sich zu fressen. **Wir können uns in Spaa und Trier nicht ein neues Joch aufzwingen lassen**, ohne wenigstens die unmittelbare Aufhebung der Blockade zu verlangen. Wird sie nicht gewährt, dann ist es besser, wie brchen die Verhandlungen ab, um der Geschichte die Vergltung anheimzugeben. Ministerpräsident Scheidemann hat diese Möglichkeit in Aussicht gestellt. Wenn die Feinde weiter die Blockade aufrecht erhalten, so offenbaren sie damit den Geist, in dem sie künftig die Erde beherrschen wollen. Und nur sie allein.

Das Reichsdemobilmachungsamt hat die nachfolgenden Bekanntmachungen erlassen:

1) F. R. 1040/12. 18 KRA (K. St. Id 13766) vom 1. 1. 19 betreffend

Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise von sogenanntem unechten Seegras (Alpengras).

2) F. R. 1110/ 12. 18 KRA (K. St. Id 13895) vom 4. 1. 19 betreffend

Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren usw.

3) F. R. 835/12. 18 KRA (K. St. Id 13 920) vom 5. 1. 19 betreffend

Versorgung des Heeres mit Nadelschnittholz.

4) F. R. 120/1. 19. KRA (K. St. Id 14016 vom 7. 1. 19 betreffend

Beschlagnahme und Bestandserhebung von kadmiumhaltigen Stoffen.

5) F. R. 400/1. 19 KRA (K. St. Id 14167) vom 22. 1. 19 betreffend

Beschlagnahme und Bestandserhebung von rohen Seiden und Seidenabfällen aller Art.

Durch obige Bekanntmachungen treten die früher erlassenen Bekanntmachungen Bst. 392/12. 17 KRA, Bst. 100 8. 18 KRA, W. I. 1772/5. 17 KRA, W. I 1070/10. 17. KRA, H. I. 59/6. 17 KRA, Bst. m. 896 12. 17 KRA, W. IV. 100/1. 17 KRA außer Kraft.

6) Die Bekanntmachung F. R. 170/1. 19 KRA (K. St. Id 14022) vom 10. 1. 19 betreffend

Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht von Lederabfällen,

wonach die Bekanntmachung L. 999/10. 18 KRA bis zum 31. März 1919 außer Kraft tritt.

7) die Bekanntmachung F. R. 1080/12. 18KRA. (K. St. Id 13896) vom 5. 1. 19 betreffend

Höchstpreise für Eisen, Stahl und Walzensinter,

wonach die erlassenen Bekanntmachungen der Militärbefehlshaber, betr. Höchstpreise für Eisen und Stahl (Bst. 848/6. 17 KRA vom 16. 6 17) und für Walzensinter Nr. E. 750/8. 18 RRA vom 10. 8. 18 außer Kraft treten, jedoch mit gewissen Einschränkungen.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern bekanntgemacht worden und bei der Kriegsamtstelle Abt. Id. Danzig. Krebsmarkt 2/3, einzusehen.

Danzig, den 8. Februar 1919.

Kriegsamtstelle.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.

Das Reichsdemobilmachungsamt hat nachfolgende Bekanntmachungen erlassen:

F. R. 800/12. 18 KRA (K. St I d 13785) vom 26. 12. 18 betr. Aenderung der Bekanntmachungen No. L. 700/7. 17 KRA vom 20. 10. 17, L. 111/7. 17 KRA vom 20. 10. 17 betr. Beschlagnahme, Höchstpreise, Meldepflicht von **rohen Großvieh- und Roßhäuten,** L. 111/11. 16 KRA vom 20. 12. 16, L. 700/11. 16 KRA vom 20. 12. 16, betr. Höchstpreise, Beschlagnahme, Verwendung und Meldepflicht von **Kalb-, Schaf-, Lamm- und Ziegenfellen,** bezüglich Preisberechnung, sowie Berichtigung der Bekanntmachung F. R. 1/12. 18 KRA vom 30. 11. 18 mit Inkrafttreten vom 26. Dezember 1918.

F. R. 840/12. 18 KRA (K. St. I d 13 934) vom 23. 12 18 betr. Aenderung der Bekanntmachung O. II. 700/7. 17 KRA betr. Bestandserhebung und Höchstpreise für **Leichtöl, Benzol, Toluol** usw. vom 1. 8. 18, in der es 1) an Stelle „Königlich Preußische Inspektion der Kraftfahrtruppen Betriebsstoffabteilung" fortan „Mineralölversorgungs Gesellschaft m. b H. Betriebsstoffabteilung in Berlin W. 35, Potsdamerstraße 111" heißen muß, 2) an die Stelle des zweiten Absatzes im § 11 tritt: „die Entscheidung über Ausnahmen von den Bestimmungen des § 7 behält sich das Reichswirtschaftsamt in Berlin vor."

In der Bekanntmachung No. Ch. I. 1/3. 16 KRA, betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von

Chemikalien,

vom 1. 3. 16, tritt, soweit sie sich auf Toluol bezieht, an Stelle der „Kriegsrohstoff-Abteilung" oder „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums" „Reichswirtschaftsamt in Berlin".

Die Bekanntmachung No. Bst. I. 1854 8. 16 KRA, betreffend Beschlagnahme von **Schmiermitteln,** vom 7 9. 16 wird folgendermaßen abgeändert:

An die Stelle des ersten Satzes des § 5 tritt der Satz: „Das Reichswirtschaftsamt in Berlin kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Bekanntmachung zulassen; es erteilt die im § 4 Ziffer 5 benannten Freigabescheine."

Die Bekanntmachung No Bst. I. 100 9. 16 KRA, betreffend Bestandserhebung von **Schmiermitteln,** vom 22. 9. 16 ändert sich wie folgt:

An die Stelle des ersten Satzes des § 4 tritt der Satz: „Auskunftsberechtigt ist das Reichswirtschaftsamt in Berlin."

Die Bekanntmachungen treten am 1. Januar 1919 in Kraft.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern bekanntgemacht worden und bei der Kriegsamtsstelle Abt. 1 d, Danzig, Krebsmarkt 2/3, einzusehen.

Danzig, den 8. Februar 1919.

Kriegsamtsstelle.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.

Bekanntmachung.

Die Straßenbahnwagenführer sind verpflichtet, **auch ohne Signal an jeder Haltestelle anzuhalten.**

Die Fahrgäste werden zur Vermeidung von Unglücksfällen gebeten, die Bedienung der Signalglocke nur dem Schaffner zu überlassen.

Elektricitätswerke Thorn.

Sitzung
der
Stadtverordneten-Versammlung
am Mittwoch, den 19. Febr. 1919, nachmittags 3½ Uhr.

— Tagesordnung: —

1. Wahl von 2 Armendeputierten und eines Armenvorstehers.
2. Antrag des Stadtverordneten Paul betr. Abbau der Vorschulen.
3. Zustimmung zur Bereitstellung von 3000 Mark für die Besoldung polnischer Hilfslehrkräfte.
4. Bewilligung der Mittel für die Stelle eines juristischen Hilfsarbeiters.
5. Zustimmung zur Erhöhung der Fehlgelder für die Vollziehungsbeamten.
6. Zustimmung zur Verlängerung des Mietsvertrages über das Turmgebäude Mauerstraße 24 mit dem Kaufmann Heyer unter Erhöhung des Jahresmietzinses von 75 Mk. auf 150 Mk.
7. Bewilligung von 2500 Mk. zur Ausführung von Notstandsarbeiten im St. Georgen- und Jakobshospital.
8. Zustimmung zur Gewährung von prozentualen Zuschlägen zu den Gehältern der Magistratsmitglieder, Beamten, und Ruhegeldempfänger für das Jahr 1919.
9. Uebernahme einer Bürgschaft bis zur Höhe von 300000 Mk. für den Bau von 40 Häusern der Kleinwohnungs-Baugesellschaft.
10. Zustimmung zum Verkauf eines Platzes in der Schweinstraße an den Fabrikbesitzer Adolf Krause zum Preise von 6 Mk. für den Quadratmeter.
11. Beschlußfassung über den Antrag der Elektrizitätswerke auf weitere Erhöhung der Tarife für Straßenbahnfahrten, Gas und Elektrizität
12. Nachbewilligung von
    3900 M. zu Ausgabetitel V/1a
    400 M. „ „ 1 b u.
    700 M. „ „ 1 c
    des Haushaltsplanes der Theater-Verwaltung für 1918
13. Nachbewilligung von 7250 Mk. und 36300 Mk. zu verschiedenen Ausgabe-Titeln der Kanal- und Wasserwerks-Verwaltung für 1918.
14. Bewilligung von 40000 Mk. und 65000 Mk. zur Ausführung von Notstandsarbeiten der Kanalisations- und Wasserwerks-Verwaltung.
15. Nachbewilligung von 2000 Mk. zu Ausgabe-Titel IV/1 des Haushaltsplanes des Krankenhauses für 1918.
16. Nachbewilligung von 10000 Mk. zu Ausgabe-Titel II 1 des Haushaltsplanes des Krankenhauses für das Jahr 1918
17. Nachbewilligung von 1500 Mk. zu Ausgabe-Titel III/7 des Kämmerei-Haushaltsplanes für 1918.
18. Nachbewilligung von 2000 Mk zu Ausgabe-Titel IV/1 des Kämmereihaushaltsplanes für 1918.
19. Nachbewilligung von 892,78 Mk. für die Einrichtung der elektr. Lichtanlage im Einwohnermeldeamt und Standesamt.
20. Nachbewilligung von 200 Mk. zu Ausgabe-Titel XIII/13 des Schulhaushaltsplans für 1918.
21. Nachbewilligung von 1200 Mk. zu Ausgabe-Titel V/1 des Haushaltsplans der 3. Gemeindeschule.
22. Rechnungslegung d. Testament- und Almosenhaltung für das Rechnungsjahr 1916.
23. Rechnungslegung der Siechenhauskasse für das Rechnungsjahr 1917.

Nichtöffentliche Sitzung.

24.—30. Personalsachen.

Thorn, den 15. Februar 1919

Der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung.
Wartmann

Deutsche demokrat. Partei

Am Montag, den 17. Februar 1919
nachmittags 6 Uhr im neuen Saal des Viktoriaparks

Öffentliche Versammlung.

— Tagesordnung: —

„Reaktion und Grenzschutz"

Berichterstatter: 1) Herr Justizrat **Aronsohn**-Thorn
2) Herr Besitzer **Hackbarth**-Gramtschen.

Freie Aussprache!

Deutsche demokratische Partei
Geschäftsstelle Thorn.

Bekanntmachung.

Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die beim Rückmarsch der Truppen in Unterkunftsräumen zurückgelassenen oder unterwegs liegen gebliebenen

Heeresnachrichtenmittel

an die Militärbehörden abzuliefern sind.

Zum Nachrichtengerät gehören: **Fernsprech- und Telegraphenapparate, Leitungsmaterial, isolierter und blanker Draht, Baugerät, Funkerapparate, Blinkgerät, Leuchtmittel, Schallmittel, Ausrüstungs-Gegenstände für Brieftauben und Meldehunde einschl. der dazu gehörenden Fahrzeuge und Geschirre.**

Es wird ersucht, solche in Unterkunftsräumen zurückgelassenen Nachrichtenmittel baldmöglichst an das Demobilmachungsbüro — Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 1 — abzugeben, worüber auf Verlangen eine Empfangsbescheinigung erteilt wird. Wir weisen darauf hin, daß bei späterem Vorfinden solchen Geräts, welches Eigentum der Heeresverwaltung ist, Anzeige an die Gerichtsbehörde erfolgen würde.

Thorn, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat.
Demobilmachungsausschuß.

Freiwillige vor!

Wenn Ihr Euer Vaterland liebt, tretet ein in das

Landesschützen-Korps

mit dem silbernen Eichenkranz.

Wir wollen Ruhe und Ordnung im Innern.
Wir schützen das Vaterland vor neuen Unruhen und völliger Zerstörung des Wirtschaftslebens.
Wir kämpfen für deutsches Land und gegen jeden, der es uns entreißen will.

Bedingungen:

Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade und Mannschaften — Mk. 5 — Zulage täglich — 14 tägige Kündigungsfrist — Entlassungsgeld — Entschädigungen, des Feldheeres — Familienunterstützung — Mitgebrachte Uniform wird vergütet.

Wer Militärpapiere einsendet, erhält Freifahrschein.

Meldestelle: Berlin W. 15

Joachimsthalerstr. 38 (am Bahnhof Zoo).

Grenzschutz!

Musiker

stellt ein

Musikkorps des Inft.-Regts. v. Borcke (4. Pomm.) Nr. 21
Thorn-Mudak.
